



Gemeinsame Pressemitteilung mit der KfW

Gemeinsame Pressemitteilung mit der KfW
Bundesumweltministerium und KfW fördern Klimaschutz durch Kauf von Green Bonds Portfolio über 1 Mrd. EUR geplant
Die KfW fördert künftig den Umwelt- und Klimaschutz durch den Kauf von Green Bonds. Sie legt ein Green-Bond-Portfolio mit einem Volumen von 1 Mrd. Euro auf und ergänzt so ihre Förderaktivitäten zugunsten des Klimaschutzes um ein Kapitalmarktinstrument. Der Start ist für das 2. Quartal 2015 vorgesehen. Das Vorhaben wird vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) unterstützt.
Bundesumweltministerin Barbara Hendricks: "Durch den Ankauf von Green Bonds soll die KfW geeignete Klima- und Umweltschutzprojekte, z.B. in den Bereichen Ressourceneffizienz, erneuerbare Energien, Abfallwirtschaft, (Ab-) Wassermanagement, Biodiversität oder umweltverträgliche Transportsysteme mitfinanzieren."
Mit der Einführung des Green-Bond-Portfolios baut die KfW ihre Nachhaltigkeitsstrategie am Kapitalmarkt konsequent aus. "Wir beschäftigen uns seit langem mit Nachhaltigkeit im Kapitalmarkt und haben uns hier Expertise und hohe Glaubwürdigkeit erarbeitet. Klimaschutz betrachten wir als eine der wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit.
Der Green-Bond-Markt ist eine alternative, kapitalmarktbasierende Finanzierungsquelle für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen, den es gilt, auszubauen. Mit dem Green-Bond-Portfolio wollen wir - ergänzend zu unseren Kreditaktivitäten und unseren eigenen Green-Bond-Emissionen - einen weiteren Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten", erläutert Dr. Günther Bräunig, Kapitalmarktvorstand der KfW Bankengruppe.
Zudem will die KfW durch ihr Engagement als Investor zur qualitativen Entwicklung des noch jungen, aber dynamisch wachsenden Green-Bond-Marktes beitragen. In diesem Sinne haben die KfW und das BMUB gemeinsam Mindestanforderungen für die Qualität der förderungswürdigen Green Bonds definiert. Insbesondere Qualitätsanforderungen an die Transparenz bezüglich der zu finanzierenden Projekte und der Mittelverwendung sind essentiell, um sicherzustellen, dass über das Kapitalmarktinstrument Green Bonds geeignete Klima- und Umweltschutzprojekte finanziert werden. Eine umfassende, regelmäßige Berichterstattung über die finanzierten Projekte sowie die Einbindung externer Sachverständiger und die Veröffentlichung ihrer Gutachten werden auf Dauer das Vertrauen der Marktteilnehmer in dieses Marktsegment stärken. Diese Mindestanforderungen sollen sukzessive im Einklang mit der Marktentwicklung qualitativ angehoben werden.
Die KfW wird sich auch im Rahmen von Marktinitiativen und im direkten Dialog mit Drittparteien für die Entwicklung und Etablierung anspruchsvoller Marktstandards für Green Bonds einsetzen.
In den letzten Jahren ist die KfW nicht nur zu einem der größten Klima- und Umweltschutzfinanzierer weltweit avanciert, auch am Kapitalmarkt setzt sie Impulse für Verantwortung und Nachhaltigkeit: Sie ist bereits seit 2006 Mitglied der UN-PRI (Principles for Responsible Investment) und wendet seit 2008 ESG-Kriterien (Environment, Social, Governance) beim Management ihres Liquiditätsportfolios an. Im Juli 2014 hat die KfW erstmals Green Bonds - made by KfW emittiert und sogleich hohe Standards hinsichtlich Transparenz und Reporting gesetzt, die von den Marktteilnehmern anerkannt und verschiedentlich ausgezeichnet worden sind.
Weitere Informationen: <http://www.bmub.bund.de/energieeffizienz>
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Stresemannstraße 128 - 130
10117 Berlin
Telefon: 030 18 305-0
Telefax: 030 18 305-2044
Mail: presse@bmub.bund.de

Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

presse@bmub.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

presse@bmub.bund.de

Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.